

SP will Marianne Binder im Ständerat

Um eine rein rechtsbürgerliche Vertretung in der Kleinen Kammer zu verhindern, unterstützt die SP die Mitte-Kandidatin.

Eva Berger

Die Aargauer SP hat ihr Wahlziel erreicht. Simona Brizzi zieht neu in den Nationalrat ein, Gabriela Suter und Cédric Wermuth wurden wiedergewählt, die SP hält also ihre drei Sitze. Nicht geklappt hat der Einzug von Suter in den Ständerat. Zwar erzielte sie am Wahlsonntag das drittbeste Ergebnis, allerdings mit grossem Abstand auf den zweitplatzierten Benjamin Giezendanner (SVP). Am Montag gab sie bekannt, nicht für den zweiten Wahlgang anzutreten.

Das sei kein leichter Entscheid gewesen, sagte Suter am Donnerstagabend an der SP-Parteiversammlung im Aarauer Bullingerhaus. Aber es habe sich bereits am Wahlsonntag abgezeichnet, dass die Unterstützung der anderen Parteien nicht dafür reiche, Benjamin Giezendanner einzuholen. Sie wäre zwar parat gewesen, aber die Zeichen seien anders gestanden. Für sie wäre es nicht verantwortbar gewesen, in den zweiten Wahlgang zu gehen.

Marianne Binder kam zum Hearing bei der SP

«Schweren Herzens mussten wir sagen, wir stehen für einmal zurück, um mit vereinten Kräften zu verhindern, dass der zweite Ständeratssitz an eine Person geht, die zu 100 Prozent anders stimmt als wir», sagte Suter. Es gelte, den Rechtsrutsch nicht noch anzutreiben. Stattdessen solle man eine Kandidatur unterstützen, die zumindest ab und zu mit der SP einig sei.

Gemeint ist Marianne Binder, Ständeratskandidatin der



Mitte-Kandidatin Marianne Binder stand den Aargauer Genossen Red und Antwort.

Bild: Henry Muchenberger

Mitte. Sie platzierte sich im ersten Wahlgang zwar knapp hinter Suter, doch sie tritt am 19. November wieder an, das ist seit Dienstagabend klar. Die SP lud Binder an ihre Versammlung ein: Sie solle vorstellig werden, bevor die Genossen sie unterstützen. Binder stellte sich vor, führte ihre politische Positionierung

aus, erzählte, wie sie aufgewachsen ist, wofür sie steht, was sie im Ständerat erreichen will.

Gemeinsam könne es gelingen, Giezendanner im Kampf um den Sitz im Stöckli zu schlagen, versicherte sie der SP. Einfach werde es aber nicht. «Ich glaube wirklich an den Erfolg. Aber es ist ein Kampf gegen

einen Berg», so Marianne Binder. Sie spüre aber die Unterstützung aus der Bevölkerung.

Binder übt Kritik am Entscheid der FDP

Wie sie denn die bürgerlichen Frauen auf ihre Seite bringen wolle, wurde Binder anschliessend gefragt. Dass die FDP-

Frauen sie nicht unterstützen werden, könne sie sich schlicht nicht vorstellen, entgegnete sie. Auch wenn die Geschäftsleitung der FDP Giezendanner ihre Unterstützung zugesichert hat. Diesen Umstand erkläre sie sich, zumindest ein Stück weit mit einer Retourkutsche der Freisinnigen, weil die Mitte für die Na-

tionalratswahlen keine Listenverbindung mit FDP und SVP eingehen wollte.

Ob sie sich als bürgerliche Ständerätin für die Anliegen der Frauen einsetzen würde, war eine andere Frage aus dem Plenum. Das tue sie, seit sie in der Politik mitmische, antwortete Binder. Eher ein Statement als eine Frage kam von SP-Schweiz Co-Präsident Cédric Wermuth. Was sie glaube, würden die freisinnigen Gründerväter denken, wüssten sie um die Wahlempfehlung der FDP für Giezendanner, fragte er.

Sie sei erstaunt, dass die FDP nicht mindestens Stimmfreigabe beschlossen hat, sagte Binder. Aber sie sei sicher, die Basis der Freisinnigen sehe das anders als die Geschäftsleitung. Wirklich glücklich damit, eine bürgerliche Frau zu unterstützen, sind aber auch nicht alle SP-Mitglieder. Es sei eine Wahl zwischen zwei Übeln, hiess es etwa. Dann wähle man, mit Binder, eben das kleinere der beiden.

Gemeinsamer Wahlkampf von SP und Mitte

Die Geschäftsleitung der SP beauftragte den Mitgliedern Unterstützung von Marianne Binder im zweiten Wahlgang. Um das zu diskutieren und darüber abzustimmen, wurde die Kandidatin, zusammen mit den Medien, aus dem Saal gewiesen.

Lange dauerte es nicht, bis sie wieder hereingeholt wurde. Mit überwältigender Mehrheit hätten die Mitglieder Unterstützung ihrer Kandidatur beschlossen, sagte Co-Präsident Stefan Dietrich. «Wir gehen gemeinsam in den Wahlkampf.»

Wie können Gemeinden mehr und besser zusammenarbeiten?

Die diesjährige Gemeindetagung hat einen Nerv getroffen, wohl wegen der immer grösser werdenden Herausforderungen in den Gemeinden.

Mathias Küng

Gemeinden kommen immer mehr unter Druck. Ihre Aufgaben nehmen zu, werden komplexer. Die Folge sind mehr interkommunale Zusammenarbeit, etwa mit Abwasserverbänden, Zivilschutzorganisationen, Schulen, Spitex etc. An der diesjährigen Gemeindetagung wollte der Kanton ausloten, «ob diese Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden weiter verbessert werden kann und ob in Zukunft vermehrt in sogenannten funktionalen Räumen gedacht werden muss, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern».

Mit dieser Fragestellung traf die Gemeindeabteilung des Kantons unter Leitung von Martin Süess einen Nerv. Über 200 Gemeindevertreterinnen und -vertreter kamen nach Aarau. Auf sie warteten Referate aus verschiedensten Perspektiven sowie vier Videosequenzen, in denen Frau Gemeindeammann Jeanine Glarner sowie Vertreterinnen und Vertreter eines Regionalwerks, einer regionalen Abwasserreinigungs-

anlage und einer Spitex-Organisation ihre Herausforderungen und Lösungen darlegen.

Neues Gemeindegesetz ist erst in der Anfangsphase

Volkswirtschaftsdirektor Dieter Egli als Gemeinde-Schirmherr freute sich sichtlich über das grosse Interesse und dankte den Gemeindevertretern für ihr Herzblut für die Gemeindepolitik. Egli wies bei dieser Gelegenheit auf die kürzlich angekündigte Totalrevision des Gemeindegesetzes hin. Das dauert aber noch etwas. Wie Martin später erläuterte, ist die öffentliche Anhörung für 2024 geplant, die Grossratsdebatte 2025/26, die Inkraftsetzung Anfang 2028 – sofern es kein Volksnein gibt. Vorschläge auch von Gemeindevertretern für die Revision liegen schon vor (vgl. Box).

Dozent Markus Gmünder von der Hochschule Luzern zeigte auf, wie der Druck auf die Gemeinden etwa aufgrund des Standortwettbewerbs, des eingeschränkten Handlungs- und Gestaltungsspielraum oder von Rekrutierungsproblemen im Milizbereich zunimmt.

Anhand des Schweizerischen Gemeindemonitorings zeigte er, wo sich Gemeinden gefordert oder überfordert fühlen: Bei deutlich über 20 Prozent ist das bei der Raum- und Zonenplanung der Fall, und – mit abnehmenden Prozentzahlen – bei Sozialhilfe, Gemeindeexekutive, Informatik,

Baugesuchen, Finanzverwaltung. So gibt es bereits viel interkommunale Zusammenarbeit, sogar bei fast 70 Prozent bei der Spitex, gefolgt von Feuerwehr, Alters- und Pflegeheimen. Erstaunlicherweise gibt es dies bei der Raum- und Zonenplanung erst bei etwas über 10 Prozent.

Braucht es die Bezirke künftig überhaupt noch?

Patrick Gosteli (SVP-Grossrat und Präsident der Gemeindeammännervereinigung) sowie die Grossräte sowie Stadt- oder Gemeindeammänner Hans-Peter Budmiger (GLP), Hanspeter Hilfiger (FDP), Daniel Mosimann (SP), Arsène Perroud (SP), Markus Schneider (Mitte) und Bruno Tüscher (FDP) haben im Kantonsparlament kürzlich ein Postulat eingereicht, mit dem sie die Regierung einladen, die Stärken und Schwächen der heutigen Strukturen des Kantons zu untersuchen. Zudem seien die aktuellen Entwicklungen der Strukturen zu funktionalen Räumen und

zur Regionalisierung in den verschiedenen Aufgabenbereichen zu prüfen. Und es seien Überlegungen zu Veränderungen der heutigen Strukturen hin zu einer modernen Grundstruktur des Kantons anzustellen. Damit verbunden könnten auch Minimalanforderungen und/oder Anreizsysteme sein. Weil regionale Lösungen der Gemeinden immer weniger den Bezirksstrukturen entsprechen, sei zu prüfen, «ob die heutigen Bezirke, welche ausser bei der Gerichtsbarkeit und als Wahlkreise keine Bedeutung mehr haben, noch zeitgemäss sind».

Die Regierung antwortet, es scheine gerechtfertigt, die Frage zu stellen, mit welchen Gemeindestrukturen die wachsenden Herausforderungen noch bewältigt werden können. Die Prüfung dieses Themas sei bisher «nicht explizit Teil der laufenden Totalrevision». Sie fragt sich aber, ob der politische Wille, die Gemeindestrukturen aktiv anzugehen, überhaupt vorhanden ist. Sie ist aber bereit, einen Bericht mit einer grossen Auslegeordnung zu erstellen. Und sie weist darauf hin, dass eine allfällige Anpassung der Bezirksstrukturen einer Verfassungsänderung bedürfte. (mku)

ebenfalls in einer Totalrevision des Gemeindegesetzes, scheint aber klar weiter gehen zu wollen als der Aargau. Der Druck auf die Gemeinden steige Jahr für Jahr. Reformen seien nötig.

Michael Ganz vom Gesundheitsverband Aargau (Vaka) zeigte am Beispiel eines geplanten Zusammenschlusses von Spitex-Organisationen im Grossraum Aarau auf, was das bringen kann, woran man alles denken muss und wie wichtig es ist, sich bei diesem Prozess auf Augenhöhe zu begegnen.

Markus Blättler, Präsident des Verbandes Aargauischer Energieversorger (VAS), glaubt, dass Gemeinderäte ihr Gemeindegewerk trotz immer komplexerer Aufgabenstellungen noch selbst führen können, aber: Fachkompetenz sei unerlässlich, und es brauche Unterstützung. Die Verantwortung müsse auf mehrere Personen abgestützt werden. Blättler setzt hier auf mehr Zusammenarbeit der Regionen und kritisiert den Bund, dem er kosten-treibende Überregulierung und Pflasterlipolitik im Strombereich vorwirft.